

Hochschule



Nicht nur um neue Abkürzungen zu erfinden, sondern auch zur besseren Koordination trafen sich alle Geographie-Fachschaften in Leipzig

Seite 3

Politik



Trotz des wunderbaren 5:1 der Engländer gegen Deutschland ist New Labour eine saudumme Sache

Seite 3 und 4

Lecker Essen



Extra zu Weihnachten gibt es wieder leckere Schoko-Zimt-Mandeln der verschiedensten Marken. Die bsz testete exklusiv die Besten unter ihnen

Seite 4



<http://bo-alternativ.de>



Rot-grün baut Sozialleistungen ab Aktiver Sozialstaat

Wer beim Freizeit-Kick gerne dahin geht, wo es weh tut, sollte in Zukunft vorher besser einen Blick auf seinen Kontostand werfen. Derzeit vergeht kein Tag, an dem wir nicht erfahren müssen, welche medizinische Behandlung wir lieber selber bezahlen sollen (wenn wir können): Gerade ist es die Behandlung eines Herzinfarkts, kurz davor war es der Sportunfall, die Krebsvorsorge-Untersuchung oder die Zahnlücke.

Arbeitgeber-Präsident Hundt möchte offenbar alle die Krankheiten nicht mehr durch die Krankenkasse bezahlen lassen, mit denen bzw. trotz derer die Lohnabhängigen noch irgendwie zur Arbeit kommen können. Manche Ärzte sprechen schon ganz offen von „Klassenmedizin“ und zählen dabei nicht zwei oder drei, sondern inzwischen fünf Behandlungsklassen auf, die zwischen SozialhilfeempfängerInnen und gut verdienenden Selbständigen liegen.

„Eigentlich denken wir ja alle, wir hätten ein Solidär-System in Deutschland. Aber wenn man sich die Sozialversicherungsausgaben anschaut, stellt man fest: Es wird nirgendwo so brutal zu Lasten der Schwächeren zugegriffen wie

dort.“ Das sagt ganz aktuell der hessische Sozialrichter Jürgen Borchert.

Die Bundesregierung beruft sich zur Begründung ihrer rastlosen Umbaupläne gerne auf die veröffentlichte Meinung. Für die steht fest: Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sind in der Krise. Schuld daran sind vordergründig weniger EinzahlerInnen und höhere Kosten. Scheinbar naturwüchsige Prozesse liegen dem zugrunde: demographischer Wandel, veränderte Konsum- und Lebensstile sowie übermäßige Anspruchshaltungen, begleitet von einer „massiven Vollkaskomentalität“.

Nun soll hier nicht behauptet werden, die real existierende öffentlich-rechtliche Sozialversicherung sei der zu verteidigende Idealzustand. Schon seit der Einführung der Krankenversicherung 1883 unter Bismarck war sie eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung nur im negativen Sinne. Sie sollte den damals diskutierte selbstorganisierten Arbeiterkassen präventiv den Boden entziehen.

Jedoch scheint die gesetzliche Sozialversicherung aus Sicht des Kapitalinteresses – trotz jahrelanger Verschlechterung insbesondere bei der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung – noch immer zuviel an sozialer Absicherung zu bieten und damit die komplette Verfügbarkeit über ein williges Arbeitskräfte-Angebot – vor allem im Billig-



BenutzerInnenbefragung in der UB Der Trend geht zum Zweitbuch

Über die Bochumer Universitätsbibliothek wird unter Studierenden oft gemeckert: Schon beim Betreten der UB scheitern die ersten am Zickzackkurs durch die Doppeltüren, dann fehlt der Fünfer fürs Schließfach, der Mann an der Kasse wechselt nicht und auch sonst hat keiner Kleingeld. Endlich drinnen, sind die gesuchten Bücher wahlweise nicht vorhanden oder gerade verliehen. Doch so unzufrieden, wie es manchmal den Anschein hat, sind die BenutzerInnen mit ihrer Universitätsbibliothek nicht.

Im vergangenen Sommer machte sich die UB daran, durch eine BenutzerInnenbefragung ihre eigenen Stärken und Schwächen zu erkunden. Von den 2400 Fragebögen, die per Post an ProfessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen verschickt wurden und den ganzen Juni über in der UB auslagen, kamen knapp 900 ausgefüllt zurück. Über die Hälfte der Antworten kam von Studierenden im Grund- (15%) und Hauptstudium (38%), weitere 33% von WissenschaftlerInnen. Unter

den Studierenden tummeln sich vor allem GeisteswissenschaftlerInnen auf den Fluren der UB – sie stellen mit 40% den größten Anteil, aber auch NaturwissenschaftlerInnen und GesellschaftswissenschaftlerInnen kommen jeweils auf ein Viertel.

GeisteswissenschaftlerInnen nutzen UB stark

Das gesamte Dienstleistungsspektrum der UB sollte durch die BenutzerInnen benotet und nach Wichtigkeit klassifiziert werden. UB-BenutzerInnen möchten vor allem eines: ausleihen. Die wichtigste Dienstleistung der UB ist, da waren sich alle Befragten einig, die Ausleihe und die Suche im OPAC. Weit weniger wichtig ist dagegen die Möglichkeit, Bücher in der Bibliothek zu lesen oder dort zu kopieren. Auch die BenutzerInnenarbeitsplätze mit Internetzugang oder der Zentralkatalog Monographien, der den Bestand aller dezentralen Bibliotheken enthält, sind für viele ein Grund, in die UB zu gehen.

Problem: keine Bücher

Obwohl immerhin 1,4 Millionen Bücher alleine in der UB stehen (in den dezentralen Bibliotheken dürften es noch einmal so viele sein), erhält der Bücherbestand durchweg schlechte oder bestenfalls durchschnittliche Noten. Bemängelt wird vor allem die mangelnde Aktualität der vorhandenen Literatur, die geringe Exemplarzahl und die schlechte Verfügbarkeit der Bücher – das gesuchte Buch ist in der Tat meist ausgeliehen.

Die Behebung dieser Missstände ist jedoch kaum durch die UB möglich: Sie kann zwar dafür sorgen, dass Neueingänge schneller im Regal stehen oder die Leihfrist bei besonders stark nachgefragten Büchern verkürzen, doch würde sie damit auch gegen

den Wunsch der BenutzerInnen handeln, denen es in erster Linie darum geht, ein Buch auszuleihen. Das Hauptproblem bleibt die chronische Mittelknappheit, durch die es nicht möglich ist, mehr als das Allernötigste neu zu beschaffen, während der Hauptbestand weiter altert.

Note: befriedigend!

Abgesehen von diesem großen Bereich, in dem die UB aufgrund von Unterfinanzierung schlecht abschneidet, sind die BenutzerInnen weitgehend zufrieden. So werden z.B. die Öffnungszeiten der verschiedenen Bereiche mit Schulnoten zwischen 1,9 und 2,1 (auf einer Skala mit der Durchschnittsnote 2,5) bewertet. Eine Ausnahme stellt die Kasse im Erdgeschoss dar. Durch ihre Lage im Erdgeschoss abseits der Entleihtheke ist sie zum einen für NutzerInnen stets mit einem zusätzlichen Weg verbunden, und bindet zum anderen große Personalkapazitäten, da MitarbeiterInnen dort nur die Kasse bearbeiten und keine weiteren Aufgaben übernehmen können.

Auch bei den BenutzerInnenarbeitsplätzen kündigt sich Entspannung an, da in den oberen Stockwerken einige Rechner nur noch der Literaturrecherche dienen und damit das Schlangestehen hinter chattenden Dauersurfern entfällt.

Neben vielen zufriedenen Beurteilungen, stellten sich zwei weitere Kritikpunkte durch die Befragung heraus: Die Sauberkeit der Toiletten und die so vorsintfluthen wie überbeurteilten Kopierer lassen sehr zu wünschen übrig. Während für

die Toiletten eine zweite Reinigung pro Tag eingeführt wurde, ist das Kopierproblem ein hartnäckigeres: Die Uni hat vor vielen Jahren, als eine flächendeckende Versorgung mit Kopierern noch nicht selbstverständlich war, einen Exklusivvertrag mit einer Firma abgeschlossen, den sie nicht so einfach kündigen kann. So kündigt weiterhin das Alter der Kopierer vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und den Kopierwilligen bleibt vorerst nur die Möglichkeit, in die AStA-Copyshops in GA und GB oder ins Uni-Center zu laufen.

Durch die methodische Anlage der Befragung verraten die Ergebnisse vor allem die Bedürfnisse der VielnutzerInnen: Da die Fragebögen zu den Öffnungszeiten in der Bibliothek auslagen, hatten Leute, die regelmäßig in der Bibliothek sind, eher die Möglichkeit, sich an der Befragung zu beteiligen. Zudem dürften gerade sie ein Interesse daran haben, ihre Einschätzungen zur UB mitzuteilen. So verwundert es kaum, dass drei Viertel der Befragten angaben, die Bibliothek mehrmals im Monat zu benutzen. Die Hälfte aller Befragten nutzt die UB sogar mehrmals pro Woche. Es wäre sicher sehr interessant gewesen, mehr über die gelegentlichen und Nicht-NutzerInnen zu erfahren, z.B. warum sie die UB nicht nutzen.

mac

Vollständige Ergebnisse:
<http://www.ub.ruhr-uni-bochum.de/DigiBib/Aktuelles/bericht.pdf>

lohn-Segment – zu verhindern.

Dass mit der eingängigen Argumentationskette: „weniger Einzahler, sinkende Einnahmen, mehr ‚Anspruchsnehmer‘ und eine entsprechende Kostenexplosion auf der Ausgabenseite“ nichts ursächlich erklärt ist, wird klar beim Blick auf die Arbeitsverhältnisse in fast allen Branchen: deren Flexibilisierung und Prekarisierung – kurz: die Verschlechterung ehemaliger Normalarbeitsverhältnisse – sind die wirklichen Ursachen für Einnahmerückgänge der Sozialversicherungen. Dafür verantwortlich sind aber viele: • die Wirtschaft selbst mit Angriff-

... Fortsetzung auf Seite 2

Nazis kommen voran

Für den 3. November um 12 Uhr hatten sich wieder einmal die Nazis in Leipzig angekündigt. Sie wollten, wie schon am 1.9., zum Völkerschlachtdenkmal ziehen – am 1.9. kamen sie 200 Meter weit. Diesmal immerhin 500 Meter.

Nachdem sich um 15.00 Uhr mit drei Stunden Verspätung zwischen 800 und 1.200 Nazis, gut geschützt durch 4.000 PolizistInnen, vom Leipziger Bahnhof aus in Bewegung setzten, mussten sie bereits 50 Meter weiter eine erste Zwangspause einlegen: Einige hundert NazigegnerInnen versperrten ihnen mit einer Sitzblockade den Weg, bis diese, nach Augenzeuginnenberichten mit „unglaublicher Härte“, von der Polizei aufgelöst wurde. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein, vereinzelt flogen Flaschen als hilflose Geste des Protests.

Die Nazidemo konnte vorläufig unter heftigem Protest von GegendemonstrantInnen am Straßenrand weiterziehen. Am Augustusplatz stießen sie schließlich auf eine weitere friedliche Blockade, zu der verschiedene Organisationen, Gewerkschaften und Parteien aufgerufen hatten. In der ersten Reihe standen namhafte Politiker, Stadträte, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete und vor allem ältere DemonstrantInnen. In der Hand hielten sie ein Transparent, auf dem 10.000 LeipzigerInnen „gegen Rassismus und Intoleranz“ unterschrieben hatten. Dahinter eine bunt gemischte Demonstration aus ca. 5.000 BürgerInnen von 10 bis 70.

Als die Polizei die Blockade aufforderte, den Nazis den Weg freizumachen, schloss sich der Leipziger OB Tiefensee, der bis dahin in der ersten Reihe der Blockade gestanden hatte, dieser Forderung an und ging zur Seite. Der Großteil der DemonstrantInnen blieb dennoch stehen und setzte die friedliche Blockade fort. Auch hier ging die Polizei mit aller Gewalt gegen die Blockade vor, deren TeilnehmerInnen vergebens die Hände als Zeichen ihrer Friedfertigkeit hoben. Die Polizei knüppelte, setzte Pfefferspray ein und nahm Verhaftungen vor.

Als die Straße endlich für die Nazis freigelegt wurde, mischte sich der tapfere OB wieder unter die DemonstrantInnen und die Nazis konnten noch einige Meter weiterziehen, bevor sie dann doch umkehren mussten. Es wurde schon dunkel und die Zeit für die von ihnen angemeldete Demo war abgelaufen.

Keine Nazis mehr im Bermuda-Dreieck?

In der Nacht von Samstag auf Sonntag, den 4. November, wurden drei bunthaarige junge Menschen am Konrad-Adenauer-Platz in Bochum gegen 1.30 Uhr von vier Leuten angepöbeln. Sie bezeichneten die Angegriffenen als „Scheißzeken“, schubsten einen von ihnen und bemächtigten sich dann eines Kassettenspiels, den sie durch Tritte zerstörten. Das war schon ziemlich dreist von ihnen, angesichts der Tatsache, dass in Sichtweite ein Streifenwagen parkte, der die Personalien der Nazis feststellte und eine Anzeige aufnahm. Selbst nach Feststellung der Personalien pöbelten die Nazis weiter rum und erzählten nach Augenzeugenberichten den Polizisten freimütig, es gebe „zu viele Zeken“, die man „kaputt schlagen“ solle. Einem anderen Bericht zufolge bewarfen sie sogar einen der Bunthaarigen mit einem Alkoholtester der Polizei.

Mehr Petzina

Am 9. Januar 2002 endet die Amtszeit des derzeitigen Rektors der Ruhr-Universität Prof. Dietmar Petzina.

Eigentlich. Denn an der neuen Universitätsverfassung, in der unter anderem festgelegt wird, wie sein Nachfolger auserkiesen und gewählt werden soll, wird zur Zeit noch gearbeitet. Den Konvent, der bisher diese Aufgabe wahrnahm, wird es nach der neuen Verfassung definitiv nicht mehr geben. Allgemein zeigt der momentan diskutierte Entwurf klare Tendenzen zu weniger Mitbestimmung in den Uni-Gremien und einem stärkeren Rektorat.

Durch einen Erlass des Düsseldorfer Wissenschaftsministeriums wurde daher die Amtszeit Petzinas und seiner drei Prorektoren Fischer (Lehre), Nienhaus (Struktur) und Wagner (Forschung) verlängert, bis die neue Verfassung in Kraft getreten ist (voraussichtlich Anfang des Sommersemesters).



Neue Mitte droht mit aktivem Sozialstaat

fen auf die Standards der Lohn- und Arbeitsbedingungen, mit Outsourcing und Aufspaltung in „Kern-“ und „Rand“-Belegschaften. • Die Politik assistiert mit Angriffen durch flankierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Deren Kriterien sind: nationale Wettbewerbsfähigkeit und Senkung der Lohnnebenkosten, was wiederum bedeutet: Rückgang der Einnahmen der Sozialversicherung bzw. Deckelung ihrer Ausgaben. • Die offizielle

Gewerkschaftspolitik setzt dem (vor allem auch ideologisch) nichts entgegen, nimmt Rücksicht auf Rot-Grün, bietet „Lohnzurückhaltung gegen Arbeitsplätze“ und findet das Workfare-Konzept von New Labour und der Neuen Mitte irgendwie interessant: „Hauptsache Beschäftigung“. Dass sich dahinter Arbeitszwang und Niedriglohn nur schlecht verbergen, scheint nicht weiter zu stören, ziehen sich die DGB-Gewerkschaften doch immer mehr auf die Interessenvertretung des beschäftigten Teils der Lohnabhängigen zurück. Für den Rest soll der Sozialstaat zuständig sein.



„Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen“: Die Neue Mitte hält Wort und definiert „soziale Gerechtigkeit“ neu.

Vielleicht hatten manche ihrer WählerInnen zu Beginn noch Hoffnungen in die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung – aber es stand schon so ähnlich in den Koalitionspapieren: Der (fordistische) Sozialstaat hindert die Menschen an der Entfaltung ihrer Möglichkeiten als „Arbeitskraftunternehmer“. Und hier verortet die Neue Mitte die eigentliche Ungerechtigkeit. Entsprechend wird der Abbau bzw. radikale Umbau des alten Wohlfahrtsstaates gefordert, wobei linke Kritik an dessen Bürokratismus, Paternalismus und Kontrollfunktion zur Legitimation dieses Umbaus herangezogen wird. An seine Stelle tritt der „aktivierende Staat“ mit seinem Prinzip des „Förderns und Forderns“, das im Kern in der Kopplung von Leistungen an Pflichten besteht. Würde

buchstabiert sich demnach für die moderne Sozialdemokratie in der „gezielten Rückführung aus der sozialen Abhängigkeit in Erwerbstätigkeit“, Gerechtigkeit besteht darin, alle LeistungsempfängerInnen „auf ihre Fähigkeit zu überprüfen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen“ (Blair/Schröder).

Nicht einfach soziale Demontage und Ausgrenzen der Abgehängten, wie in der Kohlschen Ära des Neoliberalismus – im Gegenteil: im aktiv-umbauten oder sogar ausgebauten Sozialstaat werden zunächst alle flott gemacht. Angebliche „Chancengerechtigkeit“ ersetzt das ehemalige Gleichheitspostulat. Und wer nicht freiwillig mitmacht, wer nicht freiwillig zur Investition in sein „Humankapital“ bereit ist, dem/der wird mit Eingliederungshilfe sowie gleichzeitig der Drohung des Leistungsentzuges ein Angebot gemacht, das er/sie nicht ablehnen kann.

So hat Rot-Grün mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: stummer Zwang zur Arbeit zu (meist) schlechten Bedingungen, vor allem ungeschützte Beschäftigung für BezieherInnen von Sozialleistungen („gemeinnützige“ Tätigkeit gegen eine Mehraufwandsentschädigung von ca. drei Mark pro Stunde), Lohnsenkung durch Aufhebung des Berufsschutzes sowie Installation eines Niedriglohnssektors.

An der entsprechenden formalen Verschmelzung der drei Leistungsformen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe) arbeitet die Regierung unter Anfeuerung durch die Unternehmenseite heftig, wird sich aber wohl erst nach der nächsten Wahl richtig trauen. Zumal dem noch der Art. 14 GG (Arbeitslosenversicherung ist erwirtschaftetes Eigentum) entgegensteht. Vorerst wird deshalb darüber nachgedacht, wie durch eine „Zusammenlegung“ von Arbeitslosenhilfe und der wesentlich schlechteren Sozialhilfe eine Angleichung der Bedingungen (nach unten versteht sich) hinsichtlich Zumutbarkeit, Bedürftigkeit und Anrechnungbarkeit von Einkommen und Vermögen zu erreichen ist. Dabei werden die Arbeitslosenhilfe-BezieherInnen in der Tat noch einiges zu verlieren haben. Jüngstes Projekt der rot-grünen Reformer ist immerhin schon das so genannte „Job-Aktiv-Gesetz“ („Aktivieren, qualifizieren, trainieren, investieren, vermitteln“), das einerseits individuelle Vereinbarungen über „Eingliederungshilfen“ (wie Weiterbildungsmaßnahmen, Trainingsprogramme etc.) zwischen Arbeitsämtern und Erwerbslosen, andererseits ein

Bündel bereits bekannter Sanktionsmechanismen für den Fall der Leistungsverweigerung enthält

Und immer wieder dabei das billige Argument: Wer eine Leistung bekommt, der/die muss auch eine Gegenleistung erbringen. Und wenn nicht gleich alle Armen als Bösewichte an die Wand genagelt werden, geht es zunächst einer bestimmten Zielgruppe (hier: jüngere Arbeitslose) mit „härterer Gangart“ an den Kragen. Doch niemand täusche sich: gemeint sind alle Arbeitsfähigen, aus denen noch was rauszuholen ist – beileibe nicht nur die Erwerbslosen.

Rentenreform als Modell: einzige GewinnerInnen sind die privaten FinanzdienstleisterInnen und die ArbeitgeberInnen ...

Nachdem Rot-Grün die Rentenreform beschlossen hatte, ließen die Versicherungskonzerne die Champagnerkorken knallen. Ein Milliardengeschäft aus den zu erwartenden Beiträgen der Beschäftigten kommt auf sie zu. Der ehemalige Gewerkschaftsführer Riester setzte durch, was sich vorher niemand traute: ein Bruch mit der überkommenen paritätischen Finanzierung der Rentenbeiträge durch Unternehmen und Beschäftigte. Der Beitrag der UnternehmerInnen wird auf 11 Prozent begrenzt, die abhängig Beschäftigten müssen 15 Prozent bezahlen. Alle Bestandsrenten und zukünftige Renten werden schrittweise gekürzt. Der staatliche Zuschuss kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass damit der politischen Willkür bei den Renten die Tür geöffnet wird.

Gegenfinanziert wird die Privatrente und damit auch die Beitragsentlastung der ArbeitgeberInnen bekanntlich durch eine Erhöhung der Verbrauchs- („Öko“-) Steuern, die überproportional das untere Einkommenssegment belastet. Die steuerliche Förderung kommt dagegen vor allem den mittleren und höheren Einkommensklassen zugute. An grundsätzliche Fragen wie die Ausweitung des BeitragszahlerInnenkreises und eine Einbeziehung aller Formen von Einkünften war bei der „Reform“ nicht gedacht.

Jetzt sinken die Renten wesentlich schneller und erreichen mit 64% langfristig ein niedrigeres Niveau als bei allen anderen Modellen. Laut einer Studie der Bundesanstalt für Arbeit läge das wirkliche Renten-Niveau für einen künftigen Rentner des Jahrgangs 1970 mit durchschnittlicher Erwerbsbiografie beim Renteneintritt 2030 nur noch bei 52%!

Nach der Renten- nun also die Gesundheitsreform. Maxime: Nur noch Grundversorgung bei Ausweitung der Privatisierung. Aktuell wird noch gestritten, was das „medizinisch Notwendige“ ist: Psychotherapien, Vorsorgekuren, Krankengeld, überhaupt Gesundheitsförderung, könnten künftig wegfallen. „Selbstverschuldete Wohlstandskrankheiten“ bis hin zu „selbstgewählten Risiken“ (Rauchen, Sport ...) könnten für den einzelnen teuer werden. Andere Möglichkeiten gegen die „Kostenexplosion“ (Positivisten etc.) werden von dieser Regierung nicht mehr diskutiert. Ebenso wenig die mögliche Verbreiterung der Einnahmehasis durch Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze.

In der Neuen Mitte sollen Krankheiten - wie auch Arbeitslosigkeit und Alter - tendenziell als individuelle Fehlleistungen erscheinen. Entsprechende Anspruchshaltungen von Betroffenen sind abzulehnen.

Reinhard Wegener



Since

Teil 3

Diese junge Band aus Bochum als „Punkrock“ zu bezeichnen, wäre stilistisch unsauber und würde allenfalls im Geiste jenes postmodernen Liberalismus funktionieren, in dem Punkrock irgendwie alles und vor allem ein Triebmotor der Kulturindustrie geworden ist. Nein, Since sind einfach eine ganz normale Nachwuchsband, deren Songs auf einem Sparkassen-Sampler zu finden sind und die überall spielen, wo es möglich ist, um langfristig vielleicht so etwas ähnliches wie „Erfolg“ zu haben.

Stilistisch dürfte das keine Probleme aufwerfen, denn ihre Mischung aus Grunge-Einflüssen, college-rock-artigen Melodieansätzen und druckvollen Poppunktelementen wäre unter dem beliebigen Marketing-Stempel „Alternative“ mit Sicherheit gut zu verkaufen. Das Problem liegt hier weniger in den Songs als in der Umsetzung. Denn auch wenn ein Großteil der Stücke recht belanglos daherkommt, haben sie mit „Soul Bridge“, „Stained“, „Opposite Direction“ oder „Illness“ jedoch ein paar richtig gute Nummern parat. Vom Songwriting

her spielen sie teilweise schon im Spitzenfeld der 2. Liga. Gehen sie jedoch auf den Platz, haben sie arge Probleme, die wunderbaren Ideen umzusetzen und plazieren sich im Zusammenspiel wie auch im Gesang allenfalls in der Regionalliga, wenn sie mich auch live auf dem Bochumer Campusfest wirklich begeistern konnten, wovon man auf den Liveaufnahmen, die einen Großteil des Demos einnehmen, wenig bis gar nichts hört. Was ihnen fehlt, ist das Selbstbewusstsein und so wirkt der Sänger nicht nur in den Ansagen so, als wolle er sich für das Geschehen entschuldigen. Sein jammern-des Organ klingt irgendwie nach Cobain, irgendwie nach Daniel Johns von Silverchair und irgendwie wird mal geschrien und mal gesungen ... „irgendwie“ halt ... Ein eigenes Profil fehlt und so nervt das Ganze oftmals gerade wegen den hörbaren Bemühungen. Locker werden, entkrampfen und sich darauf besinnen, dass diese schroffe und kantige Bearbeitung eingängiger Pop-Kernstoffe gerade heute Erfolgsaussichten hat, wenn man dranbleibt, trainiert und sich einen Funken freche Selbstsicherheit zulegt!

Oliver Uschmann



Zum Ende der vorlesungsfreien Zeit fand, parallel zum 53. Geographentag vom 10.09. bis 02.10. 2001 in Leipzig, eine Bundesfachschaft-entagung (bufata) der Geographiefachschaften statt. Insgesamt waren über 30 TeilnehmerInnen aus 12 Fachschaften der Unis Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Halle, Hamburg, Hannover, Jena, Köln, Leipzig, Marburg und Trier gekommen. Dies war die erste bundesweite Tagung seit fast zwei Jahren. Die meisten FachschaftlerInnen besuchten eine Veranstaltung dieser Art zum ersten Mal, so dass die jeweiligen Erwartungshaltungen nicht sehr groß waren, und alles etwas zögerlich anlief.

Eingangs stellten die einzelnen Fachschaften sich und die Studiensituation an ihren jeweiligen Instituten vor, wobei es etwa um Angebot der Studiengänge, die Anzahl der ErstsemesterInnen, die Gesamtzahl der Studierenden, Art und Anzahl des Lehrkörpers und die Ausstattung der Institute ging. Anschließend wurden Themen gesammelt, die schließlich von vier Arbeitskreisen behandelt wurden. Eigentlich gab es auch einen

fünften Arbeitskreis, aber dieser besprach am Montag ausschließlich die Kooperationsvorhaben der Geographie-Institute aus Jena, Halle und Leipzig. Im AK ErstsemesterInnen wurde die Betreuung der Erstis an verschiedenen Unis besprochen. Hier kamen die Anwesenden sehr schnell zu einem positiven Ergebnis, da eigentlich an allen Unis eine gute Beratung und Einführung stattfindet. Dieser AK wird deshalb wohl nicht weiter bestehen.

Die Fachschaft Geographie der Uni Bonn stellte im AK "Jahr der Geowissenschaften" vor, zum Jahr der Geowissenschaften (2002) eine umfangreiche Studie zum Thema Berufsfeld Geographie anzufertigen. Hierbei sollen Interviews und Befragungen durchgeführt werden, die dann im Rahmen von Veröffentlichungen in Zeitschriften und eventuell auch als eine Wanderausstellung durch die Unis zieht. Ein weiterer AK beschäftigte sich mit Evaluationen der DozentInnen, Lehrveranstaltungen und allgemein der Situation der Geographie-StudentInnen. Verschiedene Fachschaften haben eigene Fragebögen angefertigt und diese vorgestellt.

Der besonders für Bochum sicherlich interessanteste AK befasste sich mit den gestuften Studiengängen. Hier wurden natürlich die Pla-

nungen und Durchführungen in Bochum zur Einführung der gestuften Studiengänge Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) besprochen. Aber auch über den Stand der Überlegungen an anderen Universitäten wurde informiert. Einige Alternativen zum reinen Bachelor/Master, also modularisierter Diplom-Studiengang oder Einführung des europaweiten credit-point-Systems ECTS in den Diplom/Magister Studiengängen konnten kurz diskutiert werden.

Zunächst lässt sich grob festhalten, dass diese erste bufata als Vorbereitung für eine umfangreichere Tagung dienen sollte. Gemeinsam wurden die Ergebnisse der einzelnen AKs kurz vorgestellt und die Vernetzung der Geographie-Fachschaften besprochen. Diese soll zukünftig wesentlich verstärkt über, wie könnte es im Jahre 2001 anders sein, eine Homepage geschehen. Auch die Einrichtung zusätzlicher Mailinglisten wurde angeregt.

Der Vertreter der Geographie-Fachschaft aus Trier meinte, er könnte seine KollegInnen in der Heimat überreden, die nächste bufata Anfang April 2002 an der Karl-Marx-Universität in Trier stattfinden zu lassen.

Bedauerlicherweise hat sich auch herausgestellt, dass nur in den wenigsten Fachschaften eine Vertreterin oder ein Vertreter der Lehramt-Studierenden mitarbeitet.

Jan Reinecke (Fachschaftsrat Geographie)

The new Manchester Capitalism Visiting Old Ales

Neben der neuen alten Mitte des Gerdi Schröder gibt es bekanntlich auch auf der britischen Insel eine neue Labour-Partei, die mal endlich mit Sozialismarotzern und sonstigem Gemüse aufräumen will. Da sich ein Teil der bsz-Redaktion nun demnächst als Politikberater von Schröder und Anton aus London verdingen will, verbrachten sie einige Zeit im Erfindungsort des modernen Industriekapitalismus, in Manchester, dem einstigen Zentrum der kolonialen englischen Baumwollindustrie.

Sollte die Regel, dass England in vielen Dingen als Vorreiter einer neoliberalen Wirtschafts- und law-and-order Innenpolitik angesehen wird, auch für die studentische Presse gelten, so mag man um die bsz trauern. Denn die Zeitung der Students Union in Manchester (vergleichbar dem Asta der RUB) ist ein yellow press Magazin, wie es sonst nur dem Spiegel (also dem Mirror) zugetraut wird. Dort wird nicht über Politik, Kapitalkritik sondern lieber über Fashionnews, Blind Dates zwischen Studierenden, romantische Kubareisen, und ähnlichen Kappes berichtet, der aber wahrscheinlich mehr Menschen interessiert, als man als halb bis ganz zum Denken noch fähiger Mensch befürchten mag.

Deutlich spürbar wird die

Tatsache, dass das Durchschnittsalter der Studis in England unter dem der deutschen Studis liegt, anhand des auch in dieser Bevölkerungsgruppe recht häufig verbreiteten Spielchens, sich Unwichtigkeiten und Verspätungen von fünf Minuten unbedingt durch das Handy ansagen zu müssen. Auch ein Bummelstudium, die einzig noch legitime Art des Studierens überhaupt, wird einem/r in good old England durch die immens hohen Studgebühren ordentlich mies bis unmöglich gemacht.

Und nicht nur in Sachen Studgebühren schauen deutsche Politiker oftmals neidvoll nach England, auch was die totale Überwachung angeht, ist England ja schon länger Vorreiter. Somit sieht man an allen öffentlichen Gebäuden und Plätzen lustige Überwachungskameras, die alle Menschen dazu bringen, sich möglichst unauffällig, adrett jovial und hip, hip und nochmals hip zu bewegen. Größere Kneipen und Clubs bevorzugen es darüber hinaus noch, an ihren Türen schrank- und affenähnliche Personen aufzustellen, die man gemeinhin auch als Türsteher bezeichnen mag. Diese

unfreundlichen Typen sollen angeblich nur dafür sorgen, dass angetrunkene Fußballprolls diese Kneipen nach einem verlorenen Spiel nicht auseinandernehmen. Da diese sich aber von vornherein nicht mehr in diese Pubs wagen, müssen sich die Türsteher halt um andere Menschen kümmern. Ob nun Leute mit langen Haaren oder ähnlichem Schnickschnack es schwieriger haben in Prater in Bochum, konnten wir leider nicht herausbekommen. Aber eins ist sehr offensichtlich: Rassistische Entscheidungsmerkmale für den Einlass in Clubs, so etwas kann es im 21. Jahrhundert wohl nur noch in Deutschland geben.

Aber diese Türsteher sind ein hervorragendes Beispiel zur Verdeutlichung, was es mit dem extraordinary erfolgreichen Jobprogramm des Tony Blair auf sich hat: Leute, die sonst wahrscheinlich nur auf dumme Gedanken kommen würden – schlimmstenfalls die Revolution planen – bekommen eine neue Lebensaufgabe; Scheitern als Chance eben. Diese Leute dürfen dann so vollkommen unnötige Jobs wie Klosterher, Ansagerin im Kino oder ähnliches übernehmen. Dabei kommen sie zwar nicht auf revolutionäre Gedanken, aber sicherlich schleicht sich die Sehnsucht des Suizides in ihre Gedanken ein. Noch dazu braucht man zwei bis drei solcher Jobs, um sich ein menschenwürdiges (Über-)leben zu garantieren.



Doch trotz all dieser Unannehmlichkeiten gelingt es Deutschland souverän, seinen Titel als „schlechtestes Land der Welt“ (FSK) zu verteidigen. Zunächst einmal schickt sich ja auch die sozial-grüne deutsche Regierung an, all diese widerlichen Dinge wie Arbeitszwang für alle, totale Überwachung und Studgebühren zu übernehmen. Darüber hinaus hat England noch viele Dinge zu bieten, die man in Spieß-Deutschland niemals finden wird.

Hier gibt es beispielsweise die definitiv bestangezogensten und gemütlichsten Kneipen dieser Welt. In „very old fashioned“ Pubs mit gemütlichem Holzmöbeln und Teppichboden, sowie dem leckerem traditional Ales, lassen sich so manche Unannehmlichkeiten hervorragend ertragen oder aber auch neue Bekanntschaften schließen. Ob man will oder nicht, ab einer gewissen Anzahl von Pints wird man auf jeden Fall angesprochen. Und dann kann man sich herrlich mit altenglischen ArbeiterInnen (meist nur Arbeitern) noch einmal über das historische 5:1 in München oder das wunderbare 2:1 von Manchester United gegen Bayern München aus dem 99er Champions-League-Finale freuen, und dann auch gleich noch ein Pint extra bestellen. Danach gibt es dann leckere Fish&Chips und auch der Magen bedankt sich für die extra Portion Fett.

Und die paar Unannehmlichkeiten, die England zur Zeit noch besser kann als Deutschland, werden wohl in den nächsten Jahren nach hier hin importiert werden. Die bsz allerdings bleibt bis auf weiteres ein Hort der Aufklärung und der journalistischen Kritik an den Verhältnissen. So long and cheers.

WC

Mittwoch, 7. November

Making the state more democratic – gender policy in Europe

Vortrag der derzeitigen Marie-Jahoda-Gastprofessorin für Internationale Frauenforschung.

14 Uhr, RUB, GC 04/611

Friedensplenum

19 Uhr Bhf. Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation

Promondial: „Zurück zu den Menschen“

emanzipatorische Basisarbeit in Chile mit Ivan Saldias
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 6

Donnerstag, 8. November

Allerinerziehende Studentinnen

16.15 Uhr Oase, Bochum

Gedenkveranstaltung an die Reichspogromnacht

17.30 Uhr, vor der Gedenktafel, Huestraße

Linkes Netzwerk Bochum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation

Helmut Dahmer: Psychoanalyse als kritische Theorie

Im Rahmen der Roten Ruhr Uni.
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni

Freitag, 9. November

Videoreihe „Fortgehen – Dableiben – Zurückkommen“:

1. „Die Fremde in der Fremde. Zuwanderinnen zwischen den Kulturen“ von Angelina Hermanns (BRD, 1992) und 2. „Delfinas Geschichte“ von Amelie Runge (BRD, 1997)
19-22 Uhr, Frauenarchiv aus Zeiten, Josephinenstr. 71

Samstag, 10. November

Marx versus Engels – Werttheorie und Sozialismuskonzeption, mit Michael Heinrich

Seminar der Roten Ruhr Uni:
13 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 6)

Michael Heinrich: Neoklassik als Weltreligion – Zur Kritik der akademischen Ökonomie

Rote Ruhr Uni
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni

„Jüdisches Glück“, UdSSR, 1925

(Stummfilm), nach Motiven aus „Menachem Mendel“ von Scholem Aleichem.
Anne Frank-Kulturwochen, Einführung: Jörg Schäfers
20 Uhr, Kulturmagazin Lothringen, Lothringer Str. 36c

Sonntag, 11. November

Andreas Harms: Warenform und Rechtsform – Eugen Paschukanis' Rechtskritik

Rote Ruhr Uni
20 Uhr, Kultur-Café, Ruhr-Uni

Montag, 12. November

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation

Anti-Atom-Plenum

20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation

New York – Sieg im Volkskrieg? Reaktionen der deutschen Linken auf den Antiterrorkrieg

Karl Selent (Konkret); Richard Donahue (Antideutsche Gruppe Wuppertal)
20 Uhr, Exil (Altonaer Straße), Dortmund



Das dümmste Stadium des Kapitalismus

New Labour

In England – das ist bekannt – hat man in den letzten zweihundert Jahren das moderne Leben erst erfunden (mit Ausnahme vielleicht des französischen Kinos): Fußball, Pubs, Popmusik. Den Kapitalismus sogar gleich zweimal: das erste Mal mit Dampfmaschinen und Bankwesen, das zweite Mal, nachdem die entwickelte kapitalistische Industrie sich selbst und den Sozialismus überholt hatte, mit Iron Lady und New Labour.

An die erste Erfindung des Kapitalismus in der Weltgeschichte kann sich heute kaum noch jemand erinnern, geschweige daran, dass die Marktwirtschaft als legitimes Kind des Absolutismus seit alters her mit jeder Art Zwangsarbeit vorliebgenommen hat. Tatsächlich ging es den englischen Arbeiterinnen im frühen 19. Jahrhundert dreckiger als mittelalterlichen Fronbauern (die zwar keine Rechte, dafür auch keine Nachtschicht hatten). Als der junge Friedrich Engels 1842 zum väterlichen Betrieb nach Manchester geschickt wurde – zur kaufmännischen Ausbildung, wie es hieß, die bald zur kommunistischen Lehrstunde wurde –, kam er in eine neue Welt. Der „Krieg Aller gegen Alle“, notierte er, sei „hier offen erklärt“. Das mochte dem radikalen Studenten damals Bestätigung seiner Ansichten vom modernen Europa sein, musste aber einem aus der preußischen Provinz, wo man nach der Leibeigenschaft so langsam erst die Jungfrauengeburt kritisierte, wie ein wundersames und zugleich schreckliches Märchen vorkommen. Letzteres ist diese Produktionsweise übrigens bei allem Bekanntheitsgrad, den sie unterdessen als Weltwirtschaft erlangt hat, bis heute geblieben.

Die zweite Erfindung des Kapitalismus (die in Wirklichkeit mindestens die fünfte ist), geht wiederum von England aus, wo man vor etwa zwanzig Jahren damit begonnen hat, das durch außerökonomische Leistungen des Staates – bzw. durch mangelnde Prosperität der Ökonomie selbst – „unfinanzierbar“ gewordene System auf seine wesentlichen Bestimmungen zurückzuführen. Mit der einzigen Schwierigkeit freilich, dass die wesentliche Bestimmung, die Arbeit, nicht mehr wie eh und je zur Hand war. Durch jahrzehntelange Überproduktion und technische Rationalisierung waren die alten Industrien hinsichtlich ihres Arbeitskräftebedarfs

tendenziell überflüssig geworden. Und da ohne geldwerte Arbeit kein Kapitalismus, mussten neue, nach Maßgabe von Staat und Kapital „sinnvolle“ Beschäftigungsmöglichkeiten ersponnen werden. Einzige Bedingung war, dass die neuen Arbeiten in der Breite billiger und vor allem „deregulierter“ zu sein hatten. Mit der Zerschlagung der unrentabel gewordenen Industrien und ihrer Gewerkschaften, der Privatisierung der öffentlichen Dienste sowie der Errichtung eines gigantischen Billiglohnssektors, wo jeder was werden kann, wenn er wollen muss, hat man sich anfangs, als das übrige Westeuropa (einschließlich seiner konservativen Parteien) noch durch und durch sozialdemokratisch war, des „Thatcherismus“ schuldig gemacht. Heute längst reden die Sozialdemokraten selber vom „Jobwunder“. Auch sind sie es, die solche Wunder mittlerweile politisch genehmigen; voran Tony Blair, der die Tories materiell beerbt, aber an Glaubwürdigkeit und Geschick bei weitem übertrifft. Nicht zufällig steht die britische Sozialdemokratie heute allen anderen bei deren „Modernisierung“ Pate. Von einer Kehrtwende oder gar Verrat zu sprechen, wäre indes verfehlt. Erstens können die Sozialdemokraten zur kapitalistischen Entwicklung nichts (außer abschaffen, was ihnen aber schon früher nicht ins Programm gekommen ist), und zweitens ist es für Arbeiterpartei durchaus konsequent, die Leute in Arbeit zu nehmen. Dazu gehört, wenn die sachlichen Erfordernisse es verlangen, auch „Eigenverantwortung“: Lohnverzicht, Selbstaufgabe und kostenloser Gemeinsinn.

Bei New Labour ist der Name schon Programm: Arbeit her, wo nichts zu tun ist, und alles andere weg, wo nicht gearbeitet wird. Die „offene Gesellschaft“ (K. Popper), die man allzu lange als „kollektiven Freizeitpark“ (H. Kohl) missverstanden hat, verlangt Eintrittsgelder. Arbeits- und Zahlungsfähigkeit als Verhandlungsgrundlage der Menschenrechte jedes einzelnen werden als Minima Moralia der Politik rehabilitiert. In einer Welt, in der sämtliche Dinge, die Menschen und ihre Tätigkeiten einbeziehen, über Geld abrechenbar sind, ist es in der Tat ebenso moralisch wie pragmatisch, die Menschen vor allem als Medien zur Geldvermehrung zu betrachten und folgerichtig solche, die dazu nicht taugen oder sich sogar weigern, aus der Gemeinschaft der Tüchtigen auszuschließen, wie große Teile der Welt, oder unter Zwang und Entbehrungen wieder einzugliedern, wie es einstweilen in den hochentwickelten Ländern probiert wird.

Die Folgen solcher Massenresozialisierung sind so schäbig wie grotesk. Damit zum Beispiel jemand, der genauso gut zwei leer-

stehende Zimmer im Buckingham Palace bewohnen könnte, überhaupt nur in einem Loch subsistieren darf, muss er tagsüber beim Bahnhofspisoir darauf achten, dass noch die Notdurft der Menschen sich rechnet. Andere halten Restauranttüren auf, reißen Eintrittskarten für miese Filme ab oder bohren eiligen Geschäftsleuten in der Nase. Die Politik nennt solchen Schabernack mit priesterlich ernster Miene „Wachstum und Beschäftigung“ und meint das positiv. Die grausige Phantasie, die Menschen mit guter Erziehung in schlechter Umgebung umtreibt, hat unter der Hand die wahnwitzigsten Berufe entstehen lassen. Auf den Unsinn, Milliarden Autos zu bauen, folgt der, Milliarden alltägliche Handlungen und Gesten zu „verdienen“, damit die einen auf dem Weg ins Büro ihr Kleingeld loswerden und die anderen, die keins haben, statt auf ihre Kosten nicht auf dumme Gedanken kommen.

England war einst das Land, das die politische Ökonomie als ihr klassisches Studienobjekt gewählt hat, als der Rest der Welt noch in walddursprünglichen Verhältnissen kauerte. Es ist heute vielleicht das Land, wo ratlose Ökonomen und Theaterkritikerinnen exemplarisch den Übergang des Kapitalismus ins Absurde beobachten können. Ein allemal lohenswertes Experiment, denn in den frei erfundenen Zwangsarbeiten gibt sich ungewollt das Geheimnis des Ganzen preis. Wie so oft wirft erst die Übertreibung – die hier allerdings nicht ein Dichter, sondern die in ihre Verhältnisse gespernten Menschen selber besorgen – Licht auf den Unsinn der Selbstverständlichkeit. Dessen elementares Funktionsprinzip, obgleich bitterer Ernst, ist dem Kinderspiel nachempfunden: Keiner darf etwas sagen und tun, ohne zuvor einen dieser merkwürdig bedruckten Scheine an seine Mitspieler weiterzugeben; wer keine mehr hat, scheidet aus. Man könnte auch sagen: „The art of our necessities is strange, that can make vile things precious“, wie schon dem König Lear aufgefallen war. Nur hat der, wie überhaupt die im Vergleich grundsympathische Monarchie, im sozialdemokratischen Spät- und Scheißkapitalismus nichts mehr zu melden.

Die Engländer sind in der großen Geschichte wie immer die ersten, aber vergessen wir nicht: traditionell auch noch die vernünftigsten. Marx sagte einmal scherzhaft: „Wenn der Engländer die Menschen in Hüte verwandelt, so verwandelt der Deutsche die Hüte in Ideen.“ Was das erst für New Labour in Germany noch befürchten lässt.

Christoph Hesse

:bszkonsumterror

Apfel, Nuss und Mandelkern

Seit einigen Jahren krönt die Vorweihnachtszeit ein neues wunderbares Produkt: Weihnachtsmandeln aus dem Hause Lindt. Diese lassen eineN Schweigen über die nun gerade besonders augenfälligen Auswüchse der Kulturindustrie und – zumindest so lange die Mandel im Mund zerschmilzt – an den evolutionären Fortschritt, die Errungenschaften der Zivilisation oder meinetwegen auch an die List der Vernunft glauben. Beste Kindheitscrangerkismeserinnerungen werden durch den Geschmack des gebrannten Mandelkerns wachgerufen und die dicke zimtig korianderige Schokoladenschicht außenrum macht jeden Gedanken an Diät zu einem albernen Hirngespinnst aus einem früheren Leben.



Im Herbst dieses Jahres kam ein Konkurrenzprodukt auf den Markt. Die ehrhafte Verdopplung des Bestehenden vorantreibend, brachte die alberne Firma Milka Weihnachts-Mandeln (sic!) auf den Markt. Im Gegensatz zu der ansprechenden knisternden bronzefarbene Verpackung mit blauen Sternen von Lindt, werden die Milka Weihnachts-Mandeln in einer – wie könnte es anders sein – lila Tüte mit reaktionärer Alpenschneelandschaft feilgeboten. Dementsprechend enttäuschend ist auch der Inhalt: Selbst nach mehreren gutwilligen Versuchen konnte keins der neutralen Redaktionsmitglieder mehr als trockenen, harten Spekulatius in Bonbonform schmecken. Mandeln? Diese Weihnachts-Mandeln enthalten bestimmt nicht mal Spuren von Erdnüssen. Die Schokolade



ist auch eher schmückendes Beiwerk als konstitutiver Bestandteil. Aber was kann man anders erwarten, von einer Süßware deren erster Bestandteil nicht Zucker ist? Beide Firmen getrauen sich

gens nicht, ihre Produkte bereits jetzt im Internet anzupreisen. Der Trend setzt sich allerdings auch hier fort: Etwas langweilige, dafür einigermaßen dezent Darstellung ausgewählter Produkte hier gegenüber einem leider in einem nicht ganz getroffenen Lila gehaltenen Sammelurium von

Alpenvokabular, lustlosen Produktzusammenschauen (auch noch mit Nährwerttabelle!), zugegebenermaßen faszinierenden Merchandising-Artikeln in lila und absurden Kuh-Spielen. Immerhin lassen sich soimherin noch ein paar Bonuspunkte beim Weihnachtsmann ergattern und virtuelle Kühe bepaten.



Lindt-Weihnachtsmandeln – Geröstete Mandeln in Nougat und Vollmilch-Chokolade mit etwas Zimt und Koriander. Zutaten: Zucker, Mandeln, Cacao butter, Vollmilchpulver, Cacaomasse, Haselnüsse, Milchzucker, Magermilchpulver; Emulgator: Sojalecithin, Armonen, Gewürze, Malzextrakt. Kann Spuren von Erdnüssen enthalten. Cacao: 30% mindestens. 4,50 Mark/100g.

Milka Weihnachts-Mandeln – Ausgesuchte Mandeln in zarter Milka Alpenmilch-Schokolade, veredelt mit feinem Zimt. Zutaten: Mandeln, Zucker, Kakaobutter, Kakao-masse, Magermilchpulver, Butterreinfett, Zimt (0,5%), Haselnüsse, Emulgatoren, Soja-Lecithin, Aroma Vanillin. Kann Spuren von Nüssen, Erdnüssen und Weizenprotein enthalten. 2,49 Mark/90g.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Jan Schedler (jas), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Franz Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz